

## PROGRAMM DER OFFENEN HOCHSCHULE

- §1 Die Universität analysiert den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion in jeder Entwicklungsstufe und wirkt auf die Praxis ein, daß sie dem gesellschaftlichen Fortschritt dient.
- §2 Der Wissenschaftsprozess der Universitäten ist so zu strukturieren, daß er in immer größerem Umfang kritisches Bewußtsein in der Gesellschaft erzeugt.

So formulierte Reimar Gronemeyer 1968 im Kursbuch die ersten Paragraphen eines "Hochschulgesetzes", das eine kritische Zukunft einläuten sollte. Heute stehen wir vor der Situation, daß die Hochschule ebenso wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche auch in das konservative Projekt eingebunden sind.

Hierzu müssen Gegenstrategien formuliert und durchgeführt werden. Das Konzept der Offenen Hochschule ist ein Ansatz dazu.

Theoretisch erhebt die Hochschule an sich die Forderung, die Freiheit von Forschung und Lehre zu verwirklichen. In der Praxis ist es jedoch so, daß die Lernenden keinen Einfluß auf den Inhalt des Lehrstoffes haben. Auch die Lehrenden haben aufgrund ökonomischer Verwertungsinteressen nicht die Möglichkeit die Forschungsinhalte - die sich auch auf die Lehre auswirken - vollständig selbst zu bestimmen. Die von der Forschung Betroffenen haben überhaupt keine Mitspracherechte mehr, was und wie geforscht und gelehrt wird. Die Hochschule stellt sich als eine hierarchisch Institution dar. Demokratische Forderungen nach Gleichheit von Lehrenden und Lernenden fallen dabei unter den Tisch.

Die defakto Aufhebung des BAFÖG's, die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Hochschulbereich, die immer weitere Einschränkung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Hochschulmitglieder verstärken diese Prozesse. Studienreformen werden in diesem Zusammenhang nur noch betrieben, um kapitalkonforme Lehrinhalte (Berufsvorbereitung) zu etablieren.

Zwar begleiteten den Wunsch nach Chancengleichheit in den Jahren 1969-73 zahlreiche Reformmaßnahmen im Bildungsbereich, jedoch wurden keine Anstrengungen unternommen, auch Konzepte alternativer Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Somit erschöpften sich die Reformmaßnahmen darin, die "Begründerreserven" zu mobilisieren, und mußten deshalb scheitern.

Wir setzen dem heute eine Hochschulutopie entgegen, die auf den Wünschen und Bedürfnissen vieler Menschen innerhalb und außerhalb der Hochschulen basieren. Die Hochschulen müssen sich gesellschaftlichen Spannungsfeldern stellen und Alternativkonzepte anbieten.

Handlungsbedarf gibt es hierzu genügend:

So wird die Umweltkrise gekennzeichnet durch die Stichworte:

- Waldsterben, Bodenerosion und -vergiftung, Wasser- und Luftverschmutzung

Auch aus der Wirtschaft sind die Stichworte nur allzu bekannt:

- Arbeitslosigkeit, Hunger auf der einen und Sättigung des Konsumbedarfs auf der anderen Seite, Verselbständigung wirtschaftlicher Zwänge, sehr großer Anteil der Rüstungsausgaben an den Staatshaushalten

Auf der Ebene des Soziallebens gibt es durchaus vergleichbare besorgniserregende Entwicklungen, auch wenn sie nicht so sehr in der Öffentlichkeit diskutiert werden:

- Fehlende bzw. abnehmende Zwischenmenschliche Beziehungen, starke Spaltung der Lebensbereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit, die kommerzialisierung sozialer Aufgaben durch anonyme Organisationen

Entgegen ihren eigenen Ansprüchen, kann die Hochschule zur Zeit nicht angemessen auf diese Probleme reagieren geschweige denn zu ihrer Lösung beitragen. Damit die Hochschule überhaupt noch eine Existenzberechtigung hat, muß sie sich diesen Fragestellungen öffnen.

### Strategische Positionen

Will man/frau Alternativen zum herkömmlichen Hochschulbetrieb aufzeigen, so ist die Situation zu beachten, in der wir uns befinden:

- a) Die Kapitalfraktion ist kräftig bemüht, die Hochschulen nach ihren Vorstellungen gänzlich dem Verwertungsinteresse zu unterwerfen. Hochschulen als Ort kritischer Meinungsbildung sind verpönt. Leistung wird bewußt falsch als Leistung für die industrielle Entwicklung verstanden. Beispiel hierfür ist die Kooperation zwischen Merck und Prof. Gassen im Bereich Gentechnologie. Innerhalb dieser Kooperation ist festgelegt, daß der Konzern sowohl die Forschungsziele festlegt als auch deren Verwertung übernimmt.
- b) Gegenüber der übrigen Gesellschaft stehen die Universitäten im Wesentlichen abgeschottet da. Es gibt nur punktuelle Anknüpfungspunkte, Hochschulforschung für die Gesellschaft transparent zu machen oder aber Probleme, die sich außerhalb der Hochschule stellen, zum Forschungsgegenstand zu machen. Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Betroffenenengemeinschaften müßten in Zukunft bei der Definierung von Forschungsprogrammen und -zielen hinzugezogen werden.
- c) Allerdings gibt es zur Zeit keine eigenständige und geschlossene linke Hochschulstrategie. Umstritten ist beispielsweise die Rolle staatlicher Organisationsstrukturen contra unabhängiger (BI ähnlicher) Forschungsträger.

d) Die Hochschulen befinden sich zur Zeit nicht in einem Demokratisierungsprozeß, sondern vielmehr in einer reaktionären Phase, einer Abschottung gegenüber fortschrittlichen Kräften in der Gesellschaft.

Diese vier Rahmenbedingung müssen Auswirkungen auf die Strategie der Durchsetzung einer Offenen Hochschule haben. Das Projekt darf sich also nicht darin erschöpfen, die konservative Strategie (BAFöG, HRG) zu kritisieren, muß dies aber auch leisten. Das Projekt darf nicht nur Sammelsurium für jede/n und alles sein, was sich alternativ nennt, muß aber alternative Forschungs- und Lehransätze benennen können. Es darf nicht nur die Forderung nach Öffnung der Hochschule erhoben werden, sondern für spezifische Personengruppen müssen ebenso spezifische Programme erarbeitet werden, die es ihnen ermöglichen am Hochschulgeschehen zu partizipieren.

Die Offene Hochschule des AstA soll aufzeigen, in welche Richtungen sich eine emanzipatorisch wirkende Hochschule entwickeln sollte. Sicherlich ist diese eine Woche nicht dazu in der Lage, solche neuen Strukturen zu etablieren. Es ist aber wichtig, daß gegenüber der herrschenden Konzeption Alternativen aufgezeigt und ausprobiert werden. Wir erhoffen uns durch die Beteiligung externer Gruppen, Impulse für ein gemeinsames Konzept einer offenen Gesellschaft zu erhalten.